

Meinungen zum Titelthema „Finanzierung der Lebensmittelüberwachung“

Schlag auf Schlag

[Inge Blask](#)
(SPD)



[Christina Schulze Föcking](#)
(CDU)



Die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre ...

... haben gezeigt, dass das Kontrollniveau in der Lebensmittelüberwachung weiter ausgebaut werden muss. Durch vermehrte Kontrollen steigt die Wahrscheinlichkeit, Missstände frühzeitig zu entdecken, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft rechtzeitig zu schützen. Die amtlichen Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit können durch eine kostendeckende Gebührenfinanzierung verbessert werden.

... sind noch in den Köpfen, täuschen aber darüber hinweg, dass es Ausnahmen waren. Noch nie waren Lebensmittel in Deutschland so sicher wie heute. Durch unser engmaschiges Kontrollnetz konnten viele Vorfälle aufgedeckt werden. Dennoch müssen wir unsere Kontrollen zielorientiert, angemessen und verhältnismäßig weiterentwickeln, um weiterhin ein solch hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten.

Amtliche Kontrollen der Kommunen und die Eigenkontrolle in den Unternehmen ...

... sind die zwei Säulen der Lebensmittelüberwachung. Beide Formen der Kontrolle gilt es, auszubauen und zu optimieren. Dabei wollen wir vor allem die Kontrollintensität und -qualität durch die staatlichen Behörden erhöhen. Bei den Eigenkontrollen in den Unternehmen sind die Qualitätsstandards zu stärken sowie die Pflicht zur Dokumentation zu konkretisieren.

... ergänzen sich und haben sich in den letzten Jahren bewährt. Die Unternehmen haben ein großes Interesse daran, Erzeugnisse zu verkaufen, die höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Die Kommunen vor Ort sind nah am Geschehen und kennen die einzelnen Betriebe. Arbeiten Kommunen und Betriebe partnerschaftlich zusammen, sind die Ergebnisse besser, als wenn man eine entfernte Behörde damit beauftragt.

Wenn Unternehmer der Lebensmittelbranche Gebühren für die Kontrollen zahlen, ...

... wird die Stärkung des Verbraucherschutzes auf eine erweiterte finanzielle Basis gestellt. Auf diese Weise bezahlt nicht mehr allein der Steuerzahler die Kontrollen, sondern die Unternehmen leisten einen eigenen Beitrag. Damit sichern wir eine qualitativ höhere Überwachung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, dass die Lebensmittelkontrolle nicht von der Kassenlage abhängig ist.

... dann stellt man die Daseinsvorsorge des Staates infrage. Warum soll ein Autofahrer für eine Verkehrskontrolle zahlen, wenn er sich ordnungsgemäß verhalten hat? Ziel muss es sein, die Kontrollen zu verbessern und das Niveau der Lebensmittelsicherheit weiterhin hochzuhalten. Wir müssen konsequent die bestrafen, die sich nicht an die Regeln halten. Aber pauschales Misstrauen ist fehl am Platz.

Kleine und mittlere Betriebe wie Bäckereien und Metzgereien ...

... sollen durch eine mögliche Einführung von gebührenfinanzierten Regelkontrollen nicht unangemessen belastet werden. Deshalb streben wir an, die Höhe der Gebühren nach der Größe der Unternehmen zu staffeln.

... wären genau die Betriebe, die die Gebühren empfindlich treffen würden. Wenn wir regionale Lebensmittel und die regionale Vielfalt fördern wollen, macht es keinen Sinn, bei den Kleinen die Hand aufzuhalten. Wir sollten um jeden heimischen kleinen und mittleren Lebensmittelhersteller froh sein. Diese leisten für die Versorgung mit guten Produkten Großes und sichern Arbeitsplätze vor Ort.

[Dr. Birgit Beisheim](#)
(GRÜNE)



... haben gezeigt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor Gesundheitsgefahren, Täuschungen und Trickereien geschützt werden müssen. Der Verbraucherschutz war und ist grünes Kernanliegen. Grundsätzlich schützt die Lebensmittelüberwachung in NRW vor gesundheitlichen Gefahren, sie liegt in der Verantwortung des Grünen Umweltministers.

... sind zwei wichtige Bausteine des Verbraucherschutzes. Noch effizienter kann die Qualität gesichert werden, wenn sich die Beteiligten stärker abstimmen und auf gemeinsame Standards einigen. Dies kann auch zu Kosteneinsparungen führen.

... werden diese zweckgebunden für die Verbesserung des Verbraucherschutzes eingesetzt. Um die Gebühren gerechter zu verteilen, sollte der risikoorientierte Kontrollansatz verbessert werden. Betriebe mit geringerem Gefährdungspotenzial und jene, die ohne Mängel kontrolliert wurden, werden in der Folge seltener überprüft und damit auch finanziell geringer belastet werden.

... haben ebenso wie die Döner- oder die Würstchenbude andere Bedingungen als Großbetriebe. Die Gebühren sollen sich auch an der finanziellen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Betriebes orientieren. Auch die Verbesserung des Sachkundenachweises könnte Kosten senken: Im Bäckerhandwerk gehört der Umgang mit Lebensmitteln zur Ausbildung, ein Sushi-Restaurant kann man heute fast ohne Qualifikation eröffnen.

[Ralph Bombis](#)
(FDP)



... waren meist Einzelfälle, geprägt von erheblicher krimineller Energie. Trotzdem zeigt sich, dass Lebensmittelkontrollen nicht immer optimal funktionierten. Bundesweite Standards und ein verbesserter Austausch zwischen den Ländern sind notwendig. Zudem müssen die inhaltlichen Standards der Kontrollen gestärkt werden, dabei wäre die von Rot-Grün beabsichtigte Einführung von Regelgebühren kontraproduktiv.

... müssen qualitativ gestärkt werden. Die Eigenkontrollkonzepte der Unternehmen sollten mit umfassenden Qualitätsmanagement- und Produktsicherheitskonzepten ergänzt und deren verbindliche Einhaltung von unabhängigen Kontrollinstituten überprüft werden. Aufgabe der amtlichen Lebensmittelkontrolle wäre dann in erster Linie die „Kontrolle der Kontrolleure“ – was zudem öffentliche Haushalte entlastet.

... führt das in NRW nicht zu mehr Lebensmittelsicherheit, dafür aber zu Belastungen und Wettbewerbsnachteilen, die Unternehmen in anderen Bundesländern nicht zu tragen haben. Betriebe, die sauber arbeiten, sich an hohe Standards halten und sich nichts vorzuwerfen haben, dürfen nicht zum Ausbügeln der von Rot-Grün verursachten kommunalen Haushaltsschieflage herangezogen werden.

... sind als mittelständische Handwerksbetriebe lokal verwurzelt und bilden das Rückgrat unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Sollte Rot-Grün ernst machen und die Pflichtgebühren einführen, müssen sie je nach Umfang der Kontrolldichte mit teils erheblichen Sonderbelastungen bis hin zur Existenzgefährdung rechnen. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für tausende Ausbildungsbetriebe.

[Daniel Schwerd](#)
(PIRATEN)



... haben immer wieder zu hektischen Reaktionen seitens der Regierungsbehörden geführt. Wir brauchen mehr staatliche und auch Eigenkontrollen, um proaktiv die Sicherheit unserer Lebensmittel gewährleisten zu können.

... stehen nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Beide Säulen der Lebensmittelüberwachung sind notwendig, um Verbraucher konsequent vor Gesundheitsgefahren zu schützen und ein möglichst engmaschiges Netz an Kontrollen zu schaffen. Dies nützt nicht zuletzt den Unternehmen selbst. Klar ist: An der Lebensmittelüberwachung darf nicht gespart werden!

... dann muss sichergestellt werden, dass die daraus erzielten Einnahmen tatsächlich der verbesserten Lebensmittelkontrolle zugutekommen. Eine Zweckbindung würde verhindern, dass die Gelder im allgemeinen Kommunalhaushalt versickern. Der Eindruck, dass Kontrollen nur deshalb durchgeführt werden, um Einnahmen zu generieren, muss durch eine transparente Arbeitsweise vermieden werden.

... dürfen durch eine gebührenfinanzierte Regelkontrolle nicht über ihre Verhältnisse belastet werden. Bereits die Kosten der Auswertung einzelner Lebensmittelproben können für Kleinbetriebe existenzbedrohend sein. Eine intelligent gestaffelte Gebührenordnung ist daher notwendig. Es darf nicht dazu kommen, dass Beratungsgespräche durch eine zeitabhängige Gebührenabrechnung erschwert werden.